



BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Rosenstraße 20 29439 Lüchow Tel 05841 4684 Fax 3197
www.bi-luechow-dannenberg.de buero@bi-luechow-dannenberg.de

von Kerstin Rudek, Vorsitzende

Vortrag Freistadt, 26.11.2009 Zur Situation der Atommüll- Endlagerung in der BRD

Das erste Atomkraftwerk Deutschlands ging 1960 in Betrieb.

Nachdem 1945, exakt 18 Stunden nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima die „atoms für peace“ gegründet waren, hatte die Atomlobby einen Weg gefunden, der Welt die Kernspaltung anzupreisen. Der eigentliche Grund für die Kernspaltung war die Gewinnung von Plutonium für Atombomben, nicht die so genannten „friedliche Nutzung der Kernenergie“ und das Märchen, Atomstrom würde ohne Nebenwirkungen und so billig produziert, dass bald keine Stromzähler mehr installiert würden.

2000 beschließt die neue rot- grüne Bundesregierung nach zweijährigen Verhandlungen aus der Atomenergienutzung auszusteigen, die Konsensvereinbarungen zwischen Bundesregierung und Atomkraftwerksbetreibern sichern den laufenden Atomkraftwerken Bestandsschutz.

2001 wird er Atomausstieg gesetzlich in der Neufassung des Atomgesetzes verankert. Laufzeiten der AKW sind auf 32 Jahre seit Inbetriebnahme „begrenzt“.

Der Atomkonsens ist in der Anti- Atom- Bewegung höchst umstritten, da ein Großteil der seit Jahrzehnten gegen Atomkraft Aktiven die Beschlüsse für nicht weitreichend genug hält, unter anderem die Bürgerinitiative Umweltschutz.

Ein Bestandteil des Atomkonsenses war auch das Moratorium, eine Unterbrechung der Erkundungsarbeiten im Salzstock Gorleben im Jahre 2000 für 3 bis max 10 Jahre. Das Moratorium läuft 2010 aus. Die neue Bundesregierung aus CDU und FDP hat bereits angekündigt, das Moratorium schnellstmöglich aufheben zu wollen und hält an Gorleben als einzig denkbaren Standort fest.

Eine sog. „Internationale Expertengruppe“ (IEG) wurde von den Abfallverursachern beauftragt, unter anderem Prof. Klaus Kühn, der der Asse II Sicherheit bescheinigt hatte, und der nun für Gorleben plädiert (Abschlußbericht der IEG 2001) Die Asse ist in nur einer Generation abgesehen, ein Endlager für hochradioaktiven Müll soll laut Bundesumweltministerium eine Million Jahre Sicherheit bieten. D.h. in diesem Zeitraum solle keine Radioaktivität an die Biosphäre gelangen, weil die Verseuchung der Umwelt und der Menschen katastrophale Folgen haben wird.

In der Bundesrepublik gibt es derzeit 4 Endlager- Standorte.

Einer von ihnen befindet sich an einem ehemaligen Erzbergwerk. Die übrigen drei Standorte sind Salzstöcke.

Die Asse 2 ist stillgelegt.

In Morsleben läuft das Planfeststellungsverfahren zur Schließung.

Schacht Konrad wird seit 2007 zum zukünftigen Endlager für schwach und mittelradioaktiven Müll ausgebaut.

Gorleben ist der einzige geplante Standort für ein Lager für hochradioaktiven Müll.

Wir haben also zwei ehemalige Endlager und zwei zukünftige Endlagerstandorte.

I) Asse 2

Das Steinsalzbergwerk Asse II wurde 1964 stillgelegt und anschließend von der Bundesregierung erworben. Zwischen 1967 und 1978 wurden im „Versuchsendlager“ ca. 126.000 Fässer mit schwach und mittelaktiven Abfällen eingelagert. 1978 wurde die Einlagerungsgenehmigung unwirksam, danach fanden noch zahlreiche Experimente für die Endlagerung im Salz statt.

Bereits frühzeitig wurde Kritik an der dortigen Endlagerung laut. Kritische Wissenschaftler wurden jedoch nicht berücksichtigt und mußten zum Teil weit weg ihren Beruf ausüben, da sie wegen ihrer Haltung zu den Gegebenheiten und Vorgängen in der Asse keinen Job im weiten Umfeld bekamen. Kritik wurde von Betreibern bestritten und den Behörden ignoriert. Erst in den letzten Jahren wurde begonnen, Gebirgsdeformationen, die Tragfähigkeitsprobleme des Grubengebäudes und die seit 1988 bekannten Laugenzuflüsse aus dem Nebengebirge ins Grubengebäude angemessen zu bewerten.

Seitdem wird das Grubengebäude verfüllt, in der Hoffnung seine Stabilität zu verbessern und keine weiteren deformationsbedingten Lösungszutritte zu riskieren. Diese Hoffnung hat sich bisher nicht erfüllt. Seit Anfang 2000 wird versucht, den Nachweis der Langzeitsicherheit für den Abschluss des Betriebes und seine Stilllegung zu erbringen. Dieser Langzeitsicherheitsnachweis ist vor dem Hintergrund der permanenten Lösungszuflüsse und der unzureichenden Standsicherheit des Grubengebäudes bisher nicht gelungen und scheint nach einem Gutachten aus 2007 nahezu ausgeschlossen. Die zuständigen Ministerien beziehen zur Verbesserung der Sicherheit deshalb in die zu prüfenden Maßnahmen nunmehr auch die Rückholung der mittelradioaktiven Abfälle ein. Die Planungen für den Abschlussbetriebsplan verzögern sich um Jahre und mit einer endgültigen Schließung der Asse ist nicht vor 2017 zu rechnen. Zu Beginn 2009 ist das Bundesamt für Strahlenschutz neuer Betreiber der Asse geworden. Es löst den alten Betreiber Helmholtz-Zentrum München (vormals GSF) ab.

Von 1993 bis Ende 2007 wurden insgesamt 257 Mio. € für die Asse II verausgabt. Nach jetziger Schätzung werden die Gesamtkosten mindestens 2,5 Milliarden Euro betragen. Der Mittelansatz für 2009 beträgt 92,7 Mio. €.

II) Endlager für Radioaktive Abfälle Morsleben (ERAM)

3 Endlager- Standorte befinden sich in Niedersachsen, Morsleben ist das einzige Endlager in Sachsen Anhalt, in einem der neuen deutschen Bundesländer. Zur Zeit der DDR wurden dort lediglich etwa eine Drittel der radioaktiven Abfälle eingelagert. Mit der Wiedervereinigung übernahm die Bundesrepublik das Endlager Morsleben und lagerte zügig innerhalb von 4 Jahren zweimal so viel Atommüll ein, wie schon aus DDR Zeiten von 1971 bis 1991 vorhanden war.

In Morsleben läuft derzeit das Planfeststellungsverfahren zur Schließung des Atom-Endlagers.

Die Endlagerstandorte bewerben gemeinsam eine Einweidungs- Kampagne gegen die Betonflutung.

Die Kosten, die für das Endlager Morsleben bis zum 31. Dezember 2007 seit der deutschen Wiedervereinigung entstanden sind, belaufen sich auf ca. 648 Mio. €. Die Gesamtprojektkosten werden auf ca. 2,2 Mrd. € geschätzt. Für das laufende Haushaltsjahr 2009 sind 59 Mio. € veranschlagt

III) Schacht Konrad

Hierbei handelt es sich um das einzige ehemalige Erzbergwerk. 2007 begann die Umrüstung zu einem Endlager für schwach und mittelradioaktive Abfälle.

Nachdem alle Klagen gescheitert waren.

90% der bundesdeutschen Abfälle, aber weniger als 10% des radioaktiven Inventars sind in Schacht Konrad geplant zu versenken.

Die Gesamtprojektkosten von 1977 bis Ende 2007 belaufen sich auf rund 942 Mio. €. Bis zur Inbetriebnahme im Jahr 2013 werden die Kosten auf rund 1,8 Mrd. € geschätzt. Der Mittelansatz für das Jahr 2009 liegt bei 72,6 Mio. €

IV) Salzstock Gorleben

Der Salzstock Gorleben wurde seit 1979 als mögliches Endlager für hochradioaktiven Müll untersucht. Seit 2000 wird ausschließlich ein Offenhaltungsbetrieb in Gorleben ausgeführt, es findet keine weitere „Erkundung“ statt.

Von Erkundung kann überhaupt nicht die Rede sein. Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow- Dannenberg hat im Mai diesen Jahres Unterlagen enthüllt, demnach sind bereits mehr als die Hälfte der Gelder, die in Gorleben eingesetzt wurden, in den konkreten Ausbau eines zukünftigen Endlagers geflossen. Von den 1,5 Milliarden Euro wurden ca. 750 Millionen in den Ausbau, nicht die Erkundung des Bergwerkes gesteckt. Ohne Planfeststellungsverfahren, ohne atomrechtliche Genehmigungen, ohne Öffentlichkeitsbeteiligung und allgemeine Klagebefugnis.

In Gorleben liegt seit 32 Jahren ein atomrechtliches Genehmigungsverfahren auf Eis. Neuste Befürchtungen von uns KritikerInnen sind Überlegungen, dass die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) direkt unter Ausschaltung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) mit dem weiteren Ausbau des "Erkundungs"bergwerks Gorleben beauftragt werden solle. Das Bundesumweltministerium dementiert dies bisher.

Bisher wurde das komplette Projekt in Gorleben nach Bergrecht vorangetrieben, obwohl ein Antrag auf Planfeststellung nach § 9b Atomgesetz AtG am 28. Juli 1977 (!) beim niedersächsischen Sozialminister gestellt wurde.

Für das Projekt Gorleben sind von 1977 bis Ende 2007 Kosten in Höhe von rund 1,51 Mrd. € entstanden. Für das Haushaltsjahr 2009 sind für den Salzstock Gorleben 21,3 Mio. € eingeplant. Die zukünftigen Kosten für dieses Projekt hängen insbesondere von einer politischen Grundsatzentscheidung zum weiteren Vorgehen bei der Endlagerung hochaktiver, wärmeentwickelnder Abfälle ab.

Endlagerforschung

Sowohl das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) als auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) finanzieren Forschungs- und Entwicklungsarbeiten im Bereich der Endlagerung. Das BMWi fördert jährlich Vorhaben für ca. 9 Mio. €. Die jährlichen Ausgaben in diesem Bereich des BMU betragen in den Jahren 2003 bis 2008 durchschnittlich 3. Mio. €.

Die Ernsthaftigkeit der Politiker, die sich von Gorleben verabschieden wollen bzw. Alternativen zu Gorleben erkunden wollen, wird sich ganz leicht an zwei Essentials messen lassen: Wird das Moratorium aufgekündigt, ohne dass andere Standorte erkundet werden? Wird die Finanzierung der Endlagersuche jenseits von Gorleben politisch durchgesetzt, also werden die Abfallverursacher zur Kasse gebeten?

Praktisch kostenfrei blieb bislang die Sicherung der Atommüllfahrten von den Kraftwerksstandorten in die Zwischenlager Ahaus, Greifswald und Gorleben durch Polizei und Bundesgrenzschutz - bis zu 56 Millionen Euro pro Transport.

Die Liste der Privilegien ist lang. So sind die Atomstromer bisher weitgehend von der Versicherungspflicht gegen mögliche Unfallschäden befreit. Gerade mal 250 Millionen Euro müssen sie absichern. Angemessen wäre nach Meinung der Fachleute des Bundesumweltministeriums eine Haftungsgrenze von mindestens zweieinhalb Milliarden Euro pro Atommeiler. Allein dadurch fielen für Versicherungsprämien pro Kernkraftwerk Mehrkosten von bis zu 15 Millionen Euro jährlich an.

Der Chef von Vattenfall Deutschland mußte gerade seinen Sessel räumen, nicht etwa wegen der Pannen in den Schrottreaktoren Krümmel und Brunsbüttel, sondern weil er eine unbegrenzte Haftung für die Meiler im Falle eines Atomunfalles unterzeichnet hatte.

Das unzweifelhaft größte Privileg beschert der Atombranche jedoch die staatliche Großzügigkeit beim Umgang mit den so genannten Entsorgungsrückstellungen. Weil die verstrahlten Reaktoren eines Tages mit Milliardenaufwand wieder abgerissen werden müssen, der Atommüll in einem kostspieligen Endlager vergraben werden muss, sind die Betreiber gesetzlich verpflichtet, einen Teil ihrer Erlöse für die später anfallenden Kosten zurückzulegen.

Dieses steuersparend erworbene und frei verfügbare Kapital - etwa bei Firmenaufkäufen sehr nützlich - beläuft sich ausweislich der Unternehmensbilanzen auf über 35 Milliarden Euro, die zusätzlichen Zins- und Aktiengewinne in Höhe von zweieinhalb bis fünf Milliarden Euro jährlich noch gar nicht mitgerechnet.

Wir fordern eine Überführung der Rückstellungen in einen öffentlich- rechtlichen Fonds, wie in Schweden oder der Schweiz längst vorgeschrieben. Dies käme einer Machtprobe zwischen Politik und Atomwirtschaft gleich. Bisher zahlen die Atomstromunternehmer auf Basis der Endlagervorausleistungsverordnung allein für den Schacht Konrad und Gorleben– die Sanierung der Asse II und Morslebens läuft über den Bundeshaushalt.

Mit der Benennung Gorlebens zum „Nuklearen Entsorgungszentrum“ (NEZ) im Jahr 1977 wurde eine politische Entscheidung getroffen, keine geologische. Eine Wiederaufbereitungsanlage, ebenfalls geplant, war politisch nicht durchsetzbar. Ein wesentlicher Teil der Fehlentscheidung von damals, betreffend die ehemals mit drei Seiten an die DDR grenzende konservative Region ist bis heute nicht korrigiert: die Entscheidung ein Endlager im Salzstock zu installieren.

Seit den 80- er Jahren gibt es zahlreiche Wissenschaftler, die vor einem Festhalten an Gorleben zur Endlagerstätte warnen. Ihnen wird keine Aufmerksamkeit geschenkt. Die Bürgerinitiative Umweltschutz veranstaltet im April eine Fachtagung zum Salzstock Gorleben, um allen kritischen Wissenschaftlern ein Podium für ihre Erkenntnisse zu stellen.

Wir haben keine Möglichkeit eine Sicherheit in der Endlagerung für einen langen Zeitraum, womöglich eine Million Jahre, zu planen. Wir haben aber die Möglichkeit, aus den Erfahrungen der Endlagerung zu lernen. Aus der Asse und Morsleben zu lernen, heißt auf Schacht Konrad und Gorleben zu verzichten.

Niemand weiß trotz etwa 50 Jahren intensiver Forschung, wohin mit dem Atommüll, dies lässt nur einen Schluß zu, auf die Nutzung der Atomkraft und die Produktion weiteren Atommülls sofort zu verzichten.